



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-
und Umweltschutzverbände
in Baden-Württemberg
(§ 51 Naturschutzgesetz)

Anerkannte Natur- und
Umweltschutzvereinigung
(§ 3 Umweltrechtsbehelfsgesetz)

ANO Schwäbisch Gmünd
(LNV-Arbeitskreis Ostalb-West)
Walter Beck
Joseph-Haydn-Straße 2
73525 Schwäbisch Gmünd
30.01.2026

Landesnaturschutzverband BW · Olgastraße 19 · 70182 Stuttgart

Herrn Hartmut Kühnle
Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd
Amt für Stadtentwicklung
Abteilung Stadtplanung, Stadtentwicklung und Städtebau
Marktplatz 1
73525 Schwäbisch Gmünd

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom
27.11.2025

Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom

Telefon/E-Mail
0151 40 38 60 66

Stellungnahme der Naturschutzverbände NABU, BUND und LNV Zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP 2035) sowie Bebauungsplan Nr. 560 E III „Strutfeld – 4. Erweiterung Wohnen“

Sehr geehrter Herr Kühnle,

der NABU Schwäbisch Gmünd, der BUND Ostwürttemberg und der LNV Arbeitskreis Ostalb West (ANO) nehmen im Namen und in Vollmacht des NABU Landesverbandes Baden-Württemberg vertreten durch den Vorsitzenden Johannes Enssle, des BUND-Landesverbandes vertreten durch die Vorsitzende Sylvia Pilarsky-Grosch und im Namen des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg vertreten durch den Vorsitzenden Gerhard Bronner zum oben genannten Vorhaben wie folgt Stellung.

1. Prüfmaßstab und Unterlagen

Die folgende Stellungnahme beruht auf der Begründung mit Umweltbericht zur FNP-Änderung (inkl. Eingriffs- und Ausgleichsbilanz, artenschutzrechtlicher Relevanzuntersuchung) sowie auf den umweltbezogenen Stellungnahmen aus dem FNP- und dem parallelen Bebauungsplanverfahren. Maßgeblich sind insbesondere die §§ 1 und 1a BauGB (sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden), § 15 BNatSchG (Eingriffsregelung) sowie die raumordnerischen Vorgaben des Regionalplans 2010 und der Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035.

2. Bewertung aus naturschutzfachlicher Sicht

2.1. Schutzgut Boden / Flächenverbrauch

Das Plangebiet liegt vollständig in der sogenannten Vorbehaltsflur I (Flurbilanz 2022) und zählt damit zu den besonders wertvollen landwirtschaftlichen Böden, die nach Landesvorgaben grundsätzlich der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben sollen. Die Fläche

wird derzeit als Acker genutzt und dient einem Milchviehbetrieb als Futtergrundlage. Die Untere Landwirtschaftsbehörde äußert hierzu deutliche Bedenken. Der Umweltbericht weist einen erheblichen Eingriff in das Schutzgut Boden aus; die lokalen Bodenfunktionen sind dauerhaft verloren. Ein Bodenschutzkonzept nach DIN 19639 ist verpflichtend anzuwenden.

2.2 Raumordnung / Regionalplan

Nach dem Regionalplan 2010 befindet sich das Gebiet in einem schutzbedürftigen Bereich für Landwirtschaft und einem schutzbedürftigen Bereich für Erholung. Der Regionalverband Ostwürttemberg äußert hierzu Bedenken.

In der Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035 liegt die Fläche vollständig im Regionalen Grünzug sowie im Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft. Das Regierungspräsidium Stuttgart stellt fest, dass der geplante Umfang von 2,58 ha nicht der kommunalen Ausformung des Grünzugs entspricht. Empfohlen wird eine Flächenreduktion auf ungefähr 1,8 ha oder alternativ eine Regionalplanänderung. Zudem wird eine vollständige und detaillierte Bedarfs- und Alternativenprüfung gefordert (Innenentwicklung vor Außenentwicklung).

2.3 Wasser / Starkregen / Entwässerung

Die fachbehördlichen Stellungnahmen fordern eine Korrektur des Bebauungsplans: Das Dachflächenwasser wird nicht in den Kanal, sondern gedrosselt über den Abfanggraben in den Büchelesbach eingeleitet. Weiterhin fehlen hydraulische Leistungsnachweise und die Fortschreibung des Allgemeinen Kanalisationsplans Bargau. Die eingegangenen Bürgerhinweise zu Kanalrückstau und Überflutungen bei Starkregen sind abwägungsrelevant und bestätigen die Notwendigkeit weiterer Nachweise.

2.4 Artenschutz, Landschaft und Klima

Es sind weder Natura 2000 Gebiete noch gesetzlich geschützte Biotope betroffen. Die artenschutzrechtliche Prüfung hat keine Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG ergeben, sofern die Maßnahmen umgesetzt werden. Die Ökopunktbilanz ist leicht zu korrigieren (Bewertung des Grabens mit 17 Ökopunkten, Berücksichtigung einer vorhandenen Ruderalfläche). Klimatische Auswirkungen werden als gering eingestuft und können über Grünordnungsmaßnahmen weiter reduziert werden.

3. Maßgaben aus naturschutzfachlicher Sicht

3.1 Reduzierung des Plangebiets

Prüfung und Umsetzung einer Flächenreduktion in Richtung ca. 1,8 ha, um den erheblichen Bodenverlust zu vermindern und eine kommunale Ausformung des Regionalen Grünzugs zu ermöglichen.

3.2. Vollständige Bedarfs- und Alternativenprüfung

Ergänzung der Bedarfsberechnung gemäß dem Hinweispapier des Ministeriums vom 15. Februar 2017 (Plausibilitätsprüfung), insbesondere Darstellung der Innenentwicklungspotenziale, Baulücken und Baulandreserven. Bis dahin sollte die Planung zurückgestellt werden, insbesondere im Hinblick auf die Synchronisierung mit dem Regionalplan 2035.

3.3. Bodenschutz

Umsetzung des Bodenschutzkonzepts nach DIN 19639 sowie Abstimmung mit der Unteren Bodenschutzbehörde. Externe Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht auf Vorbehaltsfluren, sondern nur auf Grenz- oder Untergrenzfluren erfolgen.

3.4. Wasserwirtschaftliche Vorsorge

Fortschreibung des Allgemeinen Kanalisationsplans und Vorlage hydraulischer Leistungsnachweise (einschließlich Kumulierung mit bestehenden Anschlussgebieten). Korrektur des Plantextes zur Dachwasserableitung. Gegebenenfalls zusätzliche Rückhalte- oder Entkopplungsmaßnahmen festsetzen.

3.5. Anpassung der Eingriffs- und Ausgleichsbilanz

Umsetzung der fachlichen Korrekturen (Bewertung Hochstaudenflur/Graben, Erfassung Ruderalfläche). Sicherstellung der vollzugstauglichen Umsetzung aller Grünordnungs- und Artenschutzmaßnahmen.

4. Schlussbemerkung

Aus naturschutzfachlicher Sicht ist die Planung in ihrer derzeitigen räumlichen Ausdehnung nicht abwägungsfest. Der erhebliche Verlust hochwertiger Böden, die raumordnerischen Zielkonflikte (insbesondere im Regionalen Grünzug) sowie die fehlenden wasserwirtschaftlichen Nachweise erfordern eine substanzielle Überarbeitung. Eine Fortführung des Verfahrens sollte erst nach Klärung der genannten Punkte und nach Vorlage der ergänzenden Nachweise erfolgen.

Für weitere Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Walter Beck
Sprecher ANO Schwäbisch Gmünd / LNV Ostalb-West

Andreas Mooslehner
Regionalgeschäftsführer BUND Ostwürttemberg

Armin Dammenmiller
Vorsitzender NABU Schwäbisch Gmünd